

Das Wichtigste in Kürze:

Pressekonferenz „Gesund und Gerech – Forderungen der SPD-Landtagsfraktion für die gesundheitliche Prävention in Bayern“

Die wichtigsten Krankheiten in Bayern

Die Gesundheit der Bevölkerung in Bayern wird zum größten Teil von den sogenannten nicht-übertragbaren Krankheiten (die wichtigsten sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes, chronische Atemwegserkrankungen und psychische Störungen) geprägt. Deren Entstehung und Verlauf wird maßgeblich von sozialen Faktoren wie Geschlecht, Bildung, Beruf und Einkommen, Familienstand, Migrationshintergrund und Wohnort beeinflusst.

Krankheiten sind sozial ungleich verteilt

Gesundheit und Krankheit sind in der Bevölkerung sozial ungleich verteilt: Je schlechter die sozioökonomische Position (gemessen über Bildung, Beruf & Einkommen) eines Menschen in der Gesellschaft ist, desto größer ist seine Wahrscheinlichkeit zu erkranken, und desto kürzer ist seine Lebenserwartung. Die Gründe dafür liegen neben gesundheitlichen Benachteiligungen am Wohnort und am Arbeitsplatz, schlechteren Ressourcen in Form von gesundheitsbezogenen Einstellungen und sozialen Netzwerken an den gesundheitsbezogenen Risikofaktoren Gewicht, Rauchen, Alkohol, Bewegungsmangel und Ernährung. Diese Risikofaktoren sind direkt durch gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung zu beeinflussen.

Auch in Bayern lebt länger, wer reich ist

Auch in Bayern finden sich diese Zusammenhänge zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit, auch wenn diese im Vergleich zur gesamtdeutschen Berichterstattung weniger gut dokumentiert sind. Alle wichtigen Erkrankungen weisen soziale Gra-

dienten in der Form auf, dass sozial benachteiligte Menschen eine größere Erkrankungswahrscheinlichkeit haben.

Gesundheitliche Prävention erreicht nicht die richtigen Personen

Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung kommen häufig nicht da an, wo sie am dringendsten benötigt werden: Bei Menschen mit einer weniger qualifizierten Bildung, einer schlechteren beruflichen Position und einem geringeren Einkommen. Diese Menschen sind zwar häufiger von Erkrankungen betroffen, nehmen die entsprechenden Maßnahmen zur Vorbeugung jedoch seltener in Anspruch. Ein Umstand, der als „inverse prevention law“ ebenfalls bereits gut untersucht und dokumentiert ist.

Psychische Erkrankungen werden immer bedeutender

Eine besondere Stellung nehmen mittlerweile die psychischen Erkrankungen ein, zum einen, weil sie immer häufiger diagnostiziert und behandelt werden, und zum anderen, weil sie deutliche soziale Gradienten in der beschriebenen Form aufweisen. Darüber hinaus stellen diese Erkrankungen nicht nur eine große Belastung für die Betroffenen und ihre Angehörigen dar, sondern bedeuten aufgrund ihrer direkten und indirekten Kosten auch eine erhebliche gesamtgesellschaftliche Belastung.

Prävention muss auch andere benachteiligte Gruppen erreichen

Neben sozioökonomischen Faktoren spielen auch andere soziale Ungleichheiten eine Rolle in Bezug auf Gesundheit. Hier sind in erster Linie Geschlecht, Familienstand und Migrationshintergrund zu nennen, aber auch sexuelle Orientierung, Lebensabschnitt, familiäre Lebensformen, gesundheitsbezogene Beeinträchtigungen oder auch Arbeits- und Wohnungslosigkeit gehören dazu. Auch hier sollten Prävention und Gesundheitsförderung auf die speziellen Bedarfe dieser Gruppen abgestimmt werden.

Ein Präventionsgesetz muss die Defizite der Prävention in Bayern beheben

Die bisherige Gesundheitsberichterstattung in Bayern geht zu wenig auf die sozialen Ungleichheiten und die besonderen Bedürfnisse benachteiligter Gruppen ein. Es bedarf eines strukturellen Ansatzes sowohl in der empirischen Analyse, bei der Planung von Interventionen und bei der Evaluierung, um den sozialen Ungleichheiten in der Prävention und Gesundheitsförderung besser gerecht zu werden als bisher. Das Ziel sollte ei-

ne sozial gerechte, nachhaltige und strukturelle präventive Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern sein. Dafür braucht es dringend ein bayerisches Präventionsgesetz, in dem die entsprechenden Rahmenbedingungen festgelegt werden, um dieses wichtige Ziel für alle Menschen erreichbar zu machen.